



23.02.2024

Liebe Genossinnen und Genossen,

liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

morgen jährt sich der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine zum zweiten Mal. Am 24. Februar 2022 fielen russische Soldaten in die Ukraine ein. Seit diesem Tag herrscht wieder Krieg mitten in Europa, nicht mal 1000 Kilometer entfernt von Deutschland. Olaf Scholz hat es damals gesagt: „Wir erleben eine Zeitenwende.“ Dass Grenzen innerhalb Europas wieder mit Gewalt verschoben werden und die territoriale Integrität von Staaten in Frage gestellt wird, schien vorher unvorstellbar. Wir stehen seither fest an der Seite der Ukraine und unterstützen die Ukraine humanitär, wirtschaftlich und militärisch. Wir haben Putins Imperialismus jahrelang unterschätzt. Deshalb darf unsere Unterstützung nicht als bloße Solidarität verstanden werden, sondern als Investition in unsere eigene Sicherheit und für den Frieden in Europa und in Deutschland.

Wir haben deshalb in dieser Woche einen Antrag beschlossen, der unsere Unterstützung der Ukraine langfristig in ihrem Recht auf Selbstverteidigung unterstützt. Unser Ziel ist es, dass wir notwendige Militärhilfe leisten und auch bei uns in Deutschland die Rüstungs- und Munitionsproduktion ausbauen. Wir bekräftigen als Ampelkoalition, die Ukraine auf ihrem Weg in die NATO zu unterstützen und Russland durch internationale Anstrengungen für die Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zur Rechenschaft zu ziehen, die sie begangen haben. Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius hat in seiner Rede im Bundestag gestern darauf hingewiesen, dass die Haltung und anhaltende Unterstützung der Ukraine durch Deutschland überall auf der Welt Bewunderung erfährt, nur die Opposition in Deutschland redet die Unterstützung in Grund und

Vor zwei Jahren wie heute ist für uns klar:

**WE STAND
WITH UKRAINE!**
AS LONG AS IT TAKES.

SPD Fraktion im
Bundestag

Boden. Deutschland ist nach den USA der zweitgrößte Unterstützer der Ukraine – und das ist auch gut so. ([Hier geht es zu seiner Rede](#))

Am Mittwochabend hat der Vermittlungsausschuss, dem ich angehören darf, getagt. Der Vermittlungsausschuss tritt immer dann zusammen, wenn ein Gesetz im Bundestag beschlossen wurde, aber im Bundesrat keine Mehrheit gefunden hat. Voraussetzung ist, dass ein entsprechendes Gesetz zustimmungspflichtig ist. Im Vermittlungsausschuss haben wir einen Kompromissvorschlag für das Krankenhaustransparenzgesetz beschlossen. Wir brauchen Reformen, damit unser Gesundheitssystem auch in der Zukunft alle Menschen flächendeckend versorgen kann. Alle müssen sich darauf verlassen können, dass sie wohnortnah die bestmögliche medizinische Versorgung erhalten können. Das Krankenhaustransparenzgesetz war hierzu der erste Schritt, damit sich Patientinnen und Patienten transparent darüber informieren können, welche Leistungen in welchen Kliniken angeboten werden. Außerdem haben wir in einer Protokollerklärung eine Verbesserung des Landesbasisfallwerts zugesichert. Das bedeutet ganz konkret mehr Geld für die Krankenhäuser für die Versorgung von Patientinnen und Patienten. Ich freue mich jetzt darauf gemeinsam mit den Ländern konstruktiv die Krankenhausreform anzugehen und umzusetzen.

Heute haben wir einen neuen Umgang mit Cannabis, besseren Gesundheitsschutz und bessere Prävention bei Kindern und Jugendlichen in Bezug auf Cannabis beschäftigt. So wie es jetzt ist, ist es nicht gut. Prohibition hat weder dazu geführt, dass kein Alkohol konsumiert wurde, noch hat die aktuelle Gesetzeslage der Kriminalisierung von Eigenkonsum diesen verhindert. Im Gegenteil: Die Zahl der Jugendlichen, die Cannabis konsumieren sind in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen. Das zeigt, dass unsere bisherige Cannabispolitik gescheitert ist.

Mit unserer Politik verfolgen wir 4 Ziele:

1. Wir entkriminalisieren den Eigenkonsum von Cannabis für Erwachsene.
2. Wir schaffen ein unbedenkliches Alternativangebot durch den Eigenanbau gegenüber dem Schwarzmarkt.
3. Wir klären über die Gefahren von Cannabis auf, insbesondere über die Folgen für das wachsende Gehirn.
4. Wir erhöhen das Strafmaß für diejenigen, die Cannabis an Kinder und Jugendliche verkaufen, auf mindestens 2 Jahre. **Drogenhandel wird stärker bestraft als bisher.**

Cannabis – aber sicher!

- Wir **stärken den Kinder- und Jugendschutz** für eine nachhaltige Frühintervention und Prävention.
- Wir **dämmen** die Weitergabe **verunreinigter Substanzen** bei Cannabis ein.
- Wir **schränken den Schwarzmarkt ein** und sorgen für schadensmindernden Zugang für Erwachsene.
- Zwei legale Bezugsquellen **für Erwachsene:**
 - Privater Anbau zum Eigenkonsum von bis zu drei weiblichen Pflanzen.
 - Gemeinschaftlicher Eigenanbau von Cannabis in Anbauvereinen zum Eigenkonsum.

SPD Fraktion im Bundestag

Karl Lauterbach hat heute noch einmal deutlich gemacht, dass für uns der Gesundheitsschutz von Kindern und Jugendlichen an erster Stelle steht. Deshalb bleibt Cannabis für unter 18-jährige illegal. Und deshalb starten wir eine breite Aufklärungskampagne. Den Schwarzmarkt, der Kinder und Jugendliche als Erstkonsumenten

besonders trifft, trocken wir aus. Durch die Enttabuisierung des Konsums machen wir es leichter, Hilfe und Unterstützung zu erhalten. All das begleiten und beobachten wir sehr genau und setzen durch eine Evaluation das Thema zeitnah wieder zur Beratung auf die Agenda. [\(Hier geht es zu seiner Rede\).](#)

Heute haben wir ein Bundeswehrmandat im Rahmen einer gemeinsamen Operation der Europäischen Union beschlossen. Deutschland wird sich mit der Fregatte „Hessen“ an der Mission im roten Meer beteiligen. Dort hat die vom Iran unterstützte Huthi-Miliz in den vergangenen Monaten internationale Handelsschiffe angegriffen und teilweise gekapert. Dadurch wird diese wichtige Handelsroute blockiert und globale Lieferketten beeinträchtigt. Mit der Fregatte und maximal 700 Soldatinnen und Soldaten beteiligt sich Deutschland an der Schutzmission, die keine aktiven Angriffe auf die Huthi-Miliz umfasst.



In dieser Woche hatte ich die erste Besuchergruppe in diesem Jahr in Berlin zu Gast und habe mich mit ihnen über die aktuelle politische Lage ausgetauscht. Danke für den spannenden Austausch! Ich hoffe sehr, dass die Zeit in Berlin viele spannende Ereignisse mit sich gebracht hat.

In der kommenden Woche stehen wieder viele Termine im Wahlkreis an. Morgen findet in Herborn eine große Kundgebung für Demokratie und gegen Rassismus statt. Ein breites Bündnis hat hierzu aufgerufen. Los geht es um 15 Uhr am P+R Parkplatz Littau, unweit des Herborner Bahnhofs. Am Montag spreche ich in Solms mit Landwirten über die Zukunft der Landwirtschaft. Am Donnerstag bin ich ab ca. 13 Uhr in Haiger auf dem Marktplatz in Rahmen meiner Waffelsprechstunde ansprechbar und verteile Waffeln. Donnerstagabend bin ich bei meiner Kollegin Dr. Tanja Machalet zu Gast, um über die moderne Gesundheitsversorgung zu diskutieren. Die Veranstaltung findet physisch in Diez statt, es gibt aber auch die Möglichkeit digital an der Veranstaltung teilzunehmen. [Zur Anmeldung geht es hier.](#)

BÜNDNIS DEMOKRATIE DILL LÄDT EIN:

HERBORN 
24.02.24 - 15.00 UHR

**LAUT GEGEN RASSISMUS!
ZUSAMMEN FÜR DEMOKRATIE!**

- **START:** P&R-Parkplatz Bahnhof Littau, **DEMOZUG** durch die Stadt
- ca. 16:00 Uhr **KUNDGEBUNG** mit musikalischer Begleitung durch EVE, Schießplatz

#niewiederistjetzt

Mit solidarischen Grüßen
Dagmar Schmidt